

Petra Gössi und Olivier Kessler möchten die SRG schrumpfen lassen

MEDIEN Der Service public der SRG steht auch nach der RTVG-Abstimmung zur Diskussion. So in der «Arena», wo Petra Gössi und Olivier Kessler, zwei Schwyzer, erklärten, dass man die SRG zurückstutzen müsse.

JOSIAS CLAVADETSCHER

Vor einer Woche hat das Schweizer Volk ausgesprochen knapp das revidierte Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) auf ein Referendum hin gutgeheissen. Im Abstimmungskampf stand kaum das Einzugsverfahren der Billag-Gebühren zur Diskussion – über welches eigentlich abgestimmt worden ist –, sondern die SRG selber. Das Gute dieser Kontroverse: Die SRG musste feststellen, dass ihr Auftrag, ihre Leistung und ihre Kosten zur Diskussion stehen. Dazu hat die «Arena» vom letzten Freitag das Thema «Wie viel Service public braucht die Schweiz?» behandelt.

Zwei Schwyzer als Kritiker

Auffallend: Die SRG-Kritiker am Podium waren beide aus dem Kanton Schwyz. Juristin und Nationalrätin Petra Gössi (FDP), Präsidentin der FDP des Kantons Schwyz, und Olivier Kessler, während vier Jahren Sekretär der SVP des Kantons Schwyz, 2011 Nationalratskandidat der Jungen SVP des Kantons Schwyz und seit einem Jahr stellvertretender Chefredaktor der rechtskonservativen «Schweizerzeit».

Die Aussagen von Gössi und Kessler waren deutlich. Petra Gössi warf der SRG vor, dass sie immer mächtiger geworden sei, sich immer mehr ausgeweitet habe, damit die Medienvielfalt gefährde und die privaten Medien zu stark bedränge. Darum brauche es weniger SRG-Sender, man müsse die SRG «zurückstutzen». Das lasse sich erreichen, wenn der SRG weniger Gelder zur Verfügung gestellt werden. Die Qualität jedoch und die vier Landessprachen, die müssten «erhalten bleiben».

Olivier Kessler fuhr noch schärferes Geschütz auf. Als Co-Präsident der «No-Billag-Initiative» nutzte er fast ununterbrochen die Gelegenheit, gegen die «Billag-Zwangssteuern» und den «Moloch SRG» zu wettern. Die SRG sei wie eine Drogensüchtige, die



Haben die Leistungen, die Gebühren und die Kosten der SRG im Visier: Nationalrätin Petra Gössi und SVP-Politiker Olivier Kessler.

Bild Josias Clavadetscher

nach Gebühren verlange. Service public sei ein Tarnbegriff, eine Dienstleistung, welche der Staat dem Bürger an den Kopf werfe und der dafür bezahlen müsse.

Jeder soll selber entscheiden

Kessler vertrat die Ansicht, dass die Konsumenten selber entscheiden sollten. «Ich will, dass jeder nur das bezahlen muss, was er haben will.» Die SRG müsse sich darum komplett dem freien Markt stellen. Dass dann italienische Verhältnisse «mit werbeverseuchten, einfältigen Verdummungsmedien» drohen könnten, so Nationalrätin Jacqueline Badran (SP, ZH) über Pay-TV sogar viel höhere Gebühren das Resultat wären, blieb unbeantwortet. Kessler dazu: «Wenn es eine Nachfrage gibt, dann gibt es auch Leute, die dafür bezahlen.» Dem wurde entgegengehalten, dass dann nicht

mehr über 60 Sportarten berichtet werden könne.

Parlament soll mitreden

Kessler war der Ansicht, dass die SRG gar nicht unabhängig informiere, weil der Bundesrat die Gebühren festlege und schliesslich niemand die Hand heisse, die einen füttere. Nationalrätin Gössi verlangte, dass das Parlament in Sachen SRG-Finanzierung darum soll mitreden können. Statt der Bundesrat sollen künftig der National- und der Ständerat die Gebühren bestimmen. Damit könne man auch festlegen, was künftig die SRG und was die Privaten übernehmen könnten. Dem haben die beiden anderen Gesprächsteilnehmer – Nationalrätin Jacqueline Badran und Martin Candinas (CVP, GR) heftig widersprochen, weil so die Politik über Medieninhalte entscheiden würde. Der Medienwissenschaftler an der Uni Frei-

burg, Manuel Puppis, bezeichnet eine solche Änderung sogar als «fatal», wenn das Parlament mitreden und so Politiker Abstrafungen vornehmen könnten, wenn ihnen Sendung oder Berichterstattung zum Beispiel nicht passe. Die Politik habe nicht die Medien zu kontrollieren, betonte Badran. Und Candinas betonte, dass die Schweiz und erst recht die direkte Demokratie eine starke SRG brauchen, wenn man nicht wolle, dass künftig private ausländische Sender die Schweiz überfluten. «Schon heute konsumieren 60 Prozent der TV-Zuschauer ausländische Sender», betonte Candinas.

SRG will Kosten transparent zeigen

In wenigen Punkten war sich die «Arena»-Runde aber auch einig. Etwas dass die SRG in Sachen Kosten mehr Transparenz an den Tag legen muss. Ladina Heimgartner, Mitglied der Ge-

schäftsleitung der SRG, bestätigte, dass entsprechende Vorbereitungen im Gange sind. Im Spätsommer werde man nach dem Muster des ZDF die Kosten transparent vorlegen.

Unklar sei aber noch, in welchem Detaillierungsgrad dies erfolgen werde. Einig war man sich auch, dass verschiedene SRG-Sendungen aufgrund der Pflicht zur Dreisprachigkeit oder der Kosten durch Private gar nicht produziert werden könnten. Oder einig war man sich in der Gesprächsrunde auch, dass die SRG auf ihrer Homepage keine Werbung soll platzieren dürfen. Ebenfalls wurde deutlich, dass letztlich unter Service public und dessen Umfang jeder je nach Interessenlage etwas ganz anderes versteht. Selbst die Experten mussten bestätigen, dass sich Service public eigentlich gar nicht verlässlich definieren lässt.

Schwyz und Zug sind vertreten

KANTON kz. In der Jass-Tour 2015 von Fernsehen SRF kämpfen Lachen und Freienbach um die erste Sendung 2016. Der Auftakt zum «Donnschtig-Jass» ist am 9. Juli in Trogen (AR), wo die beiden Walliser Gemeinden Brig und Leukerbad gegeneinander antreten. Am 23. Juli jassen im Kanton Glarus Cham und Oberägeri gegeneinander. Der «Donnschtig-Jass» eine Woche später findet damit so oder so im Kanton Zug statt. Am 20. August kommt die Direktsendung aus dem Kanton Zürich. Dabei treten die beiden Auser-schwyz Gemeinden Lachen und Freienbach gegeneinander an und bestimmen den Austragungsort für die erste Jass-Sendung im Sommer 2016.

Die Samstagabendshow «SRF bi de Lüt - Live» ist diesen Sommer in vier Gemeinden der Schweiz zu Gast, in Saanen, Sursee, Stein am Rhein und Appenzell. Die zweistündige Direktsendung wird von Nik Hartmann moderiert. Nicht mehr dabei ist die Fernsehband, bei der jeweils die beiden Schwyzer Musiker Dani Häusler und Fredy Reichmuth mitspielten. Klarinetist Dani Häusler ist am Freilichtspiel in Morgarten engagiert und deshalb für das Fernsehen unabhömmlich. An seiner Stelle stellt Jacqueline Wachter-Schmidig eine neue Band zusammen.

Gegner wollen die Kesb abschaffen

KÜSSNACHT Zoë Jenny, Julia Onken, Pirmin Schwander und 120 Menschen, die mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) nicht einverstanden sind, trafen sich im Monséjour. Ihr Ziel: Die Kesb muss abgeschafft werden.

SILVIA CAMENZIND

Als Julia Onken am Freitagabend im Monséjour in Küssnacht vors Mikrofon trat, hatte sie die volle Aufmerksamkeit der rund 120 Anwesenden. Die Psychologin und Autorin erzählte, wie sie die Schriftstellerin Zoë Jenny kennengelernt hatte. Danach habe sie nicht mehr länger im Liegestuhl liegen, lesen und schreiben können. «Was da passierte, ist einer Demokratie nicht würdig.» Seit sie sich in der Folge öffentlich zum Thema geäußert habe, sei sie mit Mails und Briefen überschüttet worden. All diese Zuschriften hätten eines gemeinsam: «Alle haben Angst.» Im Publikum machte sich bestätigendes Gemurmel breit. Die Betroffenen sassen im Saal. Als Julia Onken dann sagte: «Das ist eine

Schande für die Schweiz», setzte tosender Applaus ein. Die Frauenrechtlerin hatte zu diesem Zeitpunkt noch keine fünf Minuten gesprochen. Sie erklärte ihr Ziel, das auch die Nachredner wiederholten: «Ich höre nicht auf, bis die Kesb abgeschafft ist.»

Initiative noch nicht ausgereift

Im Vorfeld des Infoabends war am Nachmittag das Initiativkomitee um

SVP-Nationalrat Pirmin Schwander zusammengesessen, um den Initiativtext auszuarbeiten. Noch steht er nicht bis ins Detail. «Wir müssen die Arbeit gut machen», erklärte er den Betroffenen, darum werden einige der Absätze, die man auf der Grossleinwand lesen konnte, noch überarbeitet, auch wenn Schwander meinte, die Anwesenden würden am liebsten sofort unterschreiben.

Pirmin Schwander betätigte sich als Interviewer und begrüßte als prominentesten Gast Zoë Jenny auf dem Podium. Die Schriftstellerin war extra aus Wien angereist. Dort lebt sie nach ihrem Ärger mit der Kesb Ausserschwyz. «Im Exil», sagte sie. Es könne einfach nicht sein, dass sich der Staat in Familienangelegenheiten einmische, ärgerte sich Jenny. Sie sprach von ihren Erfahrungen in Altendorf: «Die Kesb ist wie eine Klette, die man nicht mehr loswird.» Sie sei immer geblieben, nie verschwunden, mit unglaublicher Beharrlichkeit. Jenny nannte die Kesb eine Arbeitsbeschaffungsbehörde: «Sie schützen nicht uns, sie schützen ihren Arbeitsplatz», erklärte sie und erntete Applaus. Inzwischen hätten sich bei ihr Bundesordner von Aussagen von Betroffenen angesammelt – «ein Zeugnis des Grauens».

Keine moderaten Stimmen

Der von der SVP Küssnacht organisierte Abend war ein Anlass der Betroffenen, die sich im Kreise Gleichgesinnter aufgehoben und verstanden fühlten. Es gab viel zustimmendes Nicken und spöttisches Gelächter, wenn verbal gegen die Kesb geschossen wurde. Mehrmals am Abend wurde die Ausrufung mit den Verdingkindern als Parallele zu dem, was heute geschehe, herbeigezogen. Moderate oder Pro-Kesb-Stimmen gab es in diesem Umfeld keine.



Die Kesb im Fokus: SVP-Nationalrat Pirmin Schwander interviewt die Schriftstellerin Zoë Jenny in Küssnacht.

Bild Silvia Camenzind